

## Der englische Wirtschaftskampf gegen die Zentralmächte.

Am 10. d. fand im englischen Unterhause eine äußerst interessante Debatte über englische und deutsche Wirtschaftsprobleme im allgemeinen und über den britischen Wirtschaftskampf gegen den deutschen Wettbewerb im besonderen statt.

Den Anlaß zu dieser Auseinandersetzung gab ein Antrag des konservativen Parlamentsmitgliedes William A. S. Gwynns (sprich Juins), der wie folgt lautete:

Um die Macht der Alliierten zum Zwecke der Fortsetzung des Krieges zu vermehren, soll die Regierung sofort in Beratungen mit den Regierungen der selbständigen Kolonien eintreten, damit sie mit deren Hilfe die gesamte wirtschaftliche Kraft des Reiches mit der unserer Alliierten zusammenwirken läßt in einer gegen den Feind gerichteten Politik.

Dieser langatmige Antrag riecht nach der Studierstube. Gwynns war früher Professor der Volkswirtschaftslehre an der Londoner Universität, dann wurde er der wissenschaftliche Berater Josef Chamberlains, als dieser im Mai 1903 in die Schutzolllogitation eintrat. Er legte bald die Professur nieder, um seine ganze Kraft dem Tarifreformbund widmen zu können.

Gwynns belehrte das Unterhaus, daß die ganze deutsche Politik und Kriegstrategie auf wirtschaftlicher Grundlage beruhen, während in England Wirtschaft und Krieg voneinander geschieden sind. Deutschland hat vor dem Kriege und während des Krieges Wirtschaftspolitik getrieben und ergreift bereits wirtschaftliche Maßregeln für die Zeit nach dem Kriege; es ist bereits tätig, einen mitteleuropäischen Zollverein zu gründen, und zwar auf Grundlage des Chamberlainschen Planes: Schutzölle nach außen, Vorzugstarife im Innern. Es organisiert die wirtschaftlichen Hilfsquellen der besetzten Gebiete und stellt ihre Rohstoffe und Produktionskräfte unter seine Aufsicht. Ein neues Wirtschaftsgebiet ist unter deutscher Leitung im Entstehen begriffen. Nach dem Kriege wird Deutschland infolge seiner Papierwährung gezwungen, so wenig als möglich einzuführen und so viel als möglich auszuführen. Es wird auch für die Folge auf die ökonomische Aktion, in der es sich so tüchtig erwiesen hat, das größte Gewicht legen. Es ist Zeit, daß die Briten Deutschland erklären, daß sie es ihm nicht mehr gestatten werden, die Metallschätze britischer Kolonien zu beherrschen. Das britische Reich muß sich eben falls zollpolitisch zusammenschließen.

Auch Frankreich, Rußland und Italien würden England dankbar sein, wenn es ihnen hilft, sich von der wirtschaftlichen Oberherrschaft Deutschlands zu befreien. B. C. Peto, Parlamentsmitglied für Devon, verlangte die Wiederbelebung der Navigationsakte, um die deutsche Schifffahrt vom britischen Reiche fernzuhalten. Professor Prothero, Vertreter der Oxford-Universität, führte aus, daß die Deutschen den Krieg unternommen hätten, um den mitteleuropäischen Zollverein herzustellen, mit Einschluß des Balkans und der Türkei — von Hamburg bis Bagdad. Wird dieser Plan verwirklicht, so müssen sich ihm auch Griechenland und Rumänien anschließen oder sie werden einfach erdrückt. Der alte Agrarier und frühere Minister H. Chaplin sagte: Deutschland hat seine ökonomische Macht ebenso stark organisiert wie seine militärische. Die deutsche Ausfuhr wuchs enorm, aber in ihr liegt auch die Möglichkeit für die Alliierten, einen mächtigen Druck auf Deutschland auszuüben: 48 Prozent der deutschen Ausfuhr gingen nach den Ländern der Alliierten, die, wenn sie nunmehr zollpolitisch zusammenwirkten, Deutschland veranlassen würden, dem Kriege ein Ende zu machen. Professor Macsuder (Wirtschaftsgeograph, Londoner Universität) erzählte dem Unterhause, daß die Freihandelsgedanken jetzt in England in Mitleid geraten sind. Gegenüber der Behauptung Sir Alfred Mond's, daß die Deutschen wirtschaftlich geschwächt seien und daß Amerika infolge seiner Kapitalsanhäufung als Hauptkonkurrent Englands nunmehr in Betracht komme, sagte Macsuder, man dürfe die wirtschaftliche Schwächung Deutschlands durch den Krieg nicht überschätzen. Wenn sich Frankreich nach 1870 so rasch erholen konnte, so wird Deutschland die Folgen des Krieges schnell überwinden. Seit 1870 ist die Gewalt der Menschen über die materiellen Hilfsquellen in ungehörter Weise gestiegen. Im Jahre 1870 waren nur 10 Prozent der Handelsschiffe unter Dampf; jetzt 90 Prozent. Deutschland besitzt die „Schlüsselindustrien“ und Farbstoffe, elektrische Maschinerien, optische Gläser u. s. w., wodurch es sich allen Industrienationen unentbehrlich gemacht hat. Das ist viel wichtiger als Kapitalsanhäufung. Deshalb soll die Regierung die Anregungen Gwynns berücksichtigen.

Der liberale Handelsminister Runciman, früher einer der hervorragendsten Anhänger des Freihandels, griff sodann in die Debatte ein und nahm im Namen der Regierung Gwynns Vorschläge und Anregungen an. In allgemeinen Zügen verglich er die wirtschaftliche Lage Englands mit der Deutschlands und meinte, die von England sei viel besser als die deutsche. Nach seinen Informationen fehlt es den Deutschen bereits vielfach an Kriegsmaterialien und wahrscheinlich auch an Nahrungsmitteln. Deutschland ist eher durch wirtschaftlichen Druck als durch andere Mittel zu besiegen. Die englische Regierung bemüht sich jetzt, diesen Druck mit voller Wucht auszuüben. Die Liste der Banngüter ist die längste, die die Welt je gesehen. Sie ist dreier- oder viermal länger als die Liste der Londoner Deklaration. Ein britischer Zollverein oder ein Zollverein der Alliierten werde zustande kommen, wenn der Krieg eine derartige Wirtschaftspolitik nötig macht. Die englisch-deutschen und die russisch-deutschen Handelsverträge werden nach dem Kriege den Deutschen nicht mehr die Vorteile bieten wie vorher. Die Meistbegünstigungsklausel hat dem englischen Handel großen Schaden zugefügt. Das britische und das russische Reich werden den Deutschen nicht mehr die friedliche Durchdringung gestatten. Der Friede muß so geschlossen werden, daß sich Deutschland nur äußerst langsam erholt. England hat jetzt die Industrien auf, in denen Deutschland bis jetzt ein Monopol hatte. Die Metallverträge, die deutsche Firmen in Kanada und Australien hatten, wurden durch den Krieg beseitigt. Die Beherrschung der Metalle durch eine Frankfurter Weltfirma wurde gebrochen. Der Einfluß der Frankfurter Firma in Australien war so groß, daß die australische Regierung ein besonderes Gesetz erließ, das diese Verträge für null und nichtig erklärte.